

Bezugspreis:

Werte: Einzel 2.- M., monatlich 2.- M., ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Hauptzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 23. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Kundgebung der Sowjetregierung.

In der Londoner Presse wird eine Kundgebung der Sowjetregierung veröffentlicht, die sich mit militärischen und wirtschaftlichen Fragen Rußlands beschäftigt.

In der Kundgebung wird gesagt, daß die Bolschewiken in Rußland nicht mehr zu fürchten hätten. Weiter wird erklärt, daß russische Volk wisse sehr wohl, wie Kolltschal gegen die Sowjetrepublik operiere, daß er aber zurückgeworfen wurde und die Sowjettruppen ihn bis nach Sibirien verfolgten.

Weiter heißt es dann in der Kundgebung: Wer schläft, ergribt

sich freiwillig in die Hände seiner Feinde. Die Fabriken sollen wieder in Betrieb gesetzt werden. Eine geregelte Arbeit wird die Niederlage Denikins zur Folge haben.

Die militärische Lage der Sowjetrepublik ist heute noch nicht soweit geklärt, daß ihre Behauptung von der Niederwerfung der Kolltschalschen Gegenrevolution bereits als im vollen Umfange zutreffend bezeichnet werden könnte.

Polnischer Chauvinismus.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die Warschauer polnische Regierung weigert sich, ländliche Saisonarbeiter nach Westpreußen abzugeben, weil sie befürchtet, daß Westpreußen Ernteerträge nach Deutschland ausgeführt werden.

Deutsche und tschechische Hilfe für Wien.

Die Kohlenkrise hat sich bisher nicht im geringsten gebessert, sondern eher noch verschlechtert. Eine Besserung der Lage steht bisher nicht in Aussicht, obwohl einige nicht unerfreuliche Meldungen von auswärts vorliegen.

Der Wiener Oberbürgermeister hat sich gleichfalls pessimistisch über die Kohlennot ausgesprochen und bei dieser Gelegenheit auf eine zweite Katastrophe hingewiesen, der die Stadt Wien entgegenstehe.

Der Wiener Oberbürgermeister hat sich gleichfalls pessimistisch über die Kohlennot ausgesprochen und bei dieser Gelegenheit auf eine zweite Katastrophe hingewiesen, der die Stadt Wien entgegenstehe.

Volksabstimmung in Teschen.

Kreuzer meldet aus Paris, daß der Oberste Rat dem Bericht der Sonderkommission für Teschen zugestimmt hat.

Gegen die rheinische Republik.

Freiherr von Lerchener übergab Pichon eine Note, in der gegen die Forderung des Majors Bastiani protestiert wird, der nämlich von Karuzen in Birkensfeld verlangt hatte, in diesem Lande eine unabhängige rheinische Republik auszurufen zu lassen.

Drohender Lehrstreik in Spanien. Die Schullehrer der Provinz Pamplona regen eine Hauptversammlung aller spanischen Lehrer in Madrid an.

Straßenbahnstreik in London. Wie der „Telegraph“ aus London meldet, hat der Lohndstreik der Eisenbahner gestern begonnen.

Landarbeiterstreik bei Thorn.

(Drahtbericht unseres Thorer Korrespondenten.)

In der Thorer Weichselniederung ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Da in dem neu aufgestellten Lohnstarif den „Freiarbeitern“, d. h. den Arbeitern, die nur zeitweise bei den Besitzern beschäftigt sind, die geforderten hohen Lohnsätze nicht bewilligt wurden, legten die Arbeiter in zehn Niederungsdörfern die Arbeit nieder.

Der Thorer Buchdruckerstreik ist durch Vergleich beendet worden.

Abstimmung in Nordschleswig.

Ein Pariser Korrespondent drahtet: Wegen der hinauschiebung der Ratifizierung des Friedensvertrages in Frankreich und Amerika kann die Abstimmung in der ersten Zone in Schleswig erst Mitte November stattfinden.

Stillegung des Bremer Straßenbahnverkehrs.

Nachdem das Betriebspersonal bereits am Sonntagabend die Arbeit niedergelegt hat, ist Montag auch das gesamte Personal in den Streik eingetreten.

Den Anlaß zu diesem Streik hat die Instandsetzung reparaturbedürftiger Wagen durch Angestellte der Straßenbahngesellschaft, wobei sich das Hauptpersonal nach einer angenommenen Resolution nicht einverstanden erklärt hatte.

Besprechung der deutschen Finanzminister.

Unter dem Vorsitz des preussischen Finanzministers, Dr. Südekum, Berlin, sind am Montag die Finanzminister der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen und Baden zu einer streng vertraulichen Besprechung zusammengetreten.

Das „einstimmige Vertrauensvotum“.

Zu dem „einstimmigen Vertrauensvotum“, das Oberst Reinhard von seinen Vertrauensleuten erhalten haben soll, sind wir in der Lage, nunmehr folgendes festzustellen: Von zehn ins Reichswehrministerium berufenen Vertrauensleuten haben vier, deren Namen uns bekannt sind, in der Vorbesprechung Herrn Major von Gilla gegenüber erklärt, daß die Angaben Reinhardts im „Vorwärts“ der Wahrheit entsprechen.

Weit entfernt also, mit einem Vertrauensvotum für Oberst Reinhard geendet zu haben, hat die Unterredung im Reichswehrministerium vielmehr den vollen Beweis der Wahrheit für die im „Vorwärts“ erhobenen Anschuldigungen erbracht.

Eisenbahnerstreik in London. Wie der „Telegraph“ aus London meldet, hat der Lohndstreik der Eisenbahner gestern begonnen.

Die Pressehege gegen die Bergarbeiterschaft.

Trotz wiederholter Mahnung, die mit unserer Kohlenversorgung zusammenhängenden Fragen mit strenger Sachlichkeit zu behandeln, wird in der Presse andauernd mit „Informationen“ gearbeitet, die alles andere, nur keine Milderung der Kohlennot zur Folge haben können.

Was glaubt man wohl mit dieser Hege gegen die Bergarbeiterschaft zu erreichen? Glaubt man, durch die Verbreitung von beschimpfenden Unwahrheiten und heuristierenden Fälschungen würde man die Belegschaften bewegen, längere Schichten oder, als Notstandsarbeiten, Ueberstunden zu versahen?

Latsche ist, daß sich die große Masse der Bergarbeiter Mühe gibt, den an sie im Interesse des Gemeinwohls zu stellenden Anforderungen nach Kräften zu entsprechen.

Im Anschluß an den erwähnten Kommentar des „A. L.“ schrieb dann das Unternehmerorgan, die „Deutsche Bergwerkzeitung“ (Nr. v. 13. Sept.) so von oben herab zur Belehrung des Berliner Blattes:

Dem Kenner der Verhältnisse des Ruhrbergbaus ist es bekannt, daß bei den meisten Betrieben mit dem Aufhören der Streiks und dem Eintritt ruhiger Verhältnisse eine Steigerung von Leistung und Förderung eingetreten ist.

Das ist eine Ehrenrettung der als „arbeitsunlustig“ beschimpften Bergleute in aller Form. Die „Bergwerkzeitung“ konstatiert seit dem Frühjahr eine erhebliche Zunahme der Arbeiterleistung im Vergleich und sagt uns weiter, wo sie nicht in der Höhe, wie z. B. auf den Arenbergschächten (wo es im Frühjahr sehr wild zuging!) eintrat, da läge dies an der „weniger guten“ Betriebsleistung und an den „noch nicht völlig ausgebauten“ Anlagen.

Aus- und Vorrichtungsarbeiten „stark gefördert“ wurde, infolge dessen auch heute noch die Zahl der unmittelbar produktiven Arbeiter (Sauerklasse) geringer sei „als in der Kriegszeit“. Damit ist das zugegeben, was die Bergarbeiter über die Betriebszustände immer wieder angeben.

Es muß hier festgestellt werden, daß im letzten Friedensjahr von 1000 Ruhrbergleuten über 500 der Sauerklasse (Lohnklasse I) angehörten, im ersten Viertel 1919 aber nur 430 und im zweiten Viertel 1919 gar nur 415! Da sich trotzdem, wie das Unternehmerorgan bestätigt, der Fördererfolg auch pro Kopf der Gesamtbelegschaft in jüngster Zeit erheblich gehoben hat, so beweist dies eine fleißige Arbeit unserer Bergleute. Gegen diese Arbeiterchaft eine Propaganda zu inszenieren, um sie als arbeitsunlustig der Öffentlichkeit zu denunzieren, das ist ein Verfaßten, gegen das mit aller Schärfe protestiert werden muß!

Vor der Kommission, die zur Erforschung der Arbeitsverhältnisse im Ruhrbergbau von der Reichsregierung eingesetzt ist, hat am 18. August der hervorragende Bergbau-Statistiker, Angestellter des Rheinisch-Westfälischen Bergbauvereins, Dr. Füngst-Essen, dargelegt, auf die Produktivität der Sauerarbeiter, habe im Ruhrbergbau die Stundenleistung der Sauer betragen: 1913: 0,263, 1914: 0,260, im Mai-Juni 1919: 0,254 Tonnen, auf die Nettoarbeitszeit berechnet, habe die Stundenleistung betragen: 1913: 0,344, im Mai-Juni 1919 aber 0,355 Tonnen. Also haben die Sauer pro Stunde reine Arbeitszeit nun sogar mehr gefördert als im letzten Friedensjahr! Und da wagt man es in „deutschnationalen“ und ähnlichen Organen, den Bergleuten Arbeitsunlust anzudichten!

Warum die Totalförderung nicht erheblich zunimmt, das deckt u. a. die Zurschrift eines praktischen Bergarbeiters an unser Duisburger Parteiblatt auf. Er schreibt unter dem bezeichnenden Titel: „Was den Bergmann zur Verzweiflung bringt“:

„Mehr Kohle fördern“, ist das Lösungswort sämtlicher Vorgesetzten, allen voran unserer Kapitalisten und sonstigen Herrschaften, die vor lauter Arbeiterfeindschaft sich gegenseitig bald selbst aufgefressen. Ist der arme ausgemergelte Bergmann denn tatsächlich so volksfeindlich, daß er sabotierend zur Faulheit greift und seinen Arbeitsschädeln in den Fabriken in den Rücken fällt? Wenn durch Minderleistung des Bergmanns der Fabrikarbeiter zur Arbeitslosigkeit getrieben wird, so ist das m. E. ein Verbrechen am Volke, das nicht genug gefühnt werden könnte. Nicht an uns liegt es, daß weniger gefördert wird, sondern die Verhältnisse sind es, die ein wichtiges Wortlein mitleiden. Das Gezähe, welches zur Arbeit verwandt wird, ist minderwertig. Hacken, Säge, Beil und Bohrhammer sind aus minderwertigem Material hergestellt, so daß man bald daran verzweifelt. So einigen Tagen hatte ich auch so wenig Druckluft für meinen Bohrhammer, daß ich die ganze Schicht verwenden mußte, um ein Bohrloch im Rechengestein von 1,70 Meter herzustellen, während ich bei stärkerer Druckluft die Arbeit in 15 Stunden erledigt hätte. Wo man hinschaut, sind die Bergarbeiter mit den zurückgebliebenen Vorrichtungsarbeiten beschäftigt. Sind mehrere Kameradschaften an einer Brandbergförderung beteiligt, so mangelt es wieder an kräftigen Hilfsarbeitern (Schlepper), welche die Transportwagen, schlecht geschmierte Wagen in Bewegung bringen. In den Großstädten lauern Tausende von kräftigen jungen Leuten herum, die Arbeitslosenunterstützung beziehen, während hier im Bergbau unsere überaus tüchtigen Jungen vor schwerer Arbeit zugrunde gehen.“

Sie kommt die Stimmung der Belegschaften deutlich zum Ausdruck. Schlechtes Arbeitsmaterial, verrottete maschinelle Hilfsmittel, ungenügende Förderwagen usw., das ist die Ursache aus den meisten Schächten. Der Wille, der Kohlennot abzuhelfen, ist in der Masse der Bergarbeiter vorhanden; er kommt in Belegschaftsversammlungen und vornehmlich in den Konferenzen der Betriebsräte in erfreulich markanter Weise zum Ausdruck. Aber dazu bitterste Klage über mangelhafte Versorgung mit Arbeitsmitteln, fehlerhafte Betriebsorganisation, Gleichgültigkeit von Betriebsleitern gegen

über dem Drängen der Arbeiter, für besseres Gezähe, mehr Förderwagen, Preklust usw. zu sorgen!

Will man schon Anklage erheben, so unterjuche man auch, wieviele Oberbeamten als Betriebsdirigenten so intensiv für die Erhöhung der Förderung wirken, wie das angeführt der großen Not erforderlich ist. Wer erlebt, wie alle Mittel der „Anfissologie“ angewandt werden, um die Betriebsräte von der Mitwirkung bei der Regelung von Betriebsverhältnissen möglichst ganz auszuschalten, statt sich die praktischen Erfahrungen dieser Arbeitervertreter zunutze zu machen, durch sie im anregenden Sinne auf die Belegschaften einzuwirken, der muß schließlich zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Betriebsleiter wenigstens den tragischen Ernst der Situation noch nicht begriffen haben, ihres sogenannten „Prestiges“ willen die Arbeiter verbittern. Vergewaltigt man sich auch, welche wegwerfenden, beleidigenden Redensarten Arbeiter von Betriebsleitern über die „Schwarzrote“ Regierung (G. D. „für mich existiert diese Regierung nicht“, „eure Regierung kann mir den Buckel herunterrutschen“) und dergleichen mehr, auch noch viel derbere Äußerungen, zu hören bekommen, dann wird man verstehen, daß sich in der Bergarbeiterschaft immer mehr die Meinung einfrisht, die Förderung würde „von den Kapitalisten sabotiert, um das alte System wieder einzuführen“. Die Arbeiter wissen, wie intensiv die betreffenden Betriebsleiter während des ganzen Krieges für die möglichst hohe Förderung gewirkt haben, und erfahren nun von derselben Seite eine solche Gleichgültigkeit gegenüber ihren Beschwerden über schlechtes oder fehlendes Arbeitsmaterial, daß den Arbeitern der Anlaß zu dem Gedanken, es würden aus politischen Gründen die Fördermöglichkeiten nicht ausgenutzt, begrifflicher Weise nahe liegt. Es kommt gar nicht darauf an, ob dieser Gedanke in den betreffenden Fällen berechtigt ist, die gekennzeichnete Stimmung der Bergleute ist vorhanden. Sie greift um sich, wozu das Bestreben nicht weniger Betriebsleitungen, die vollständige Einfügung der Belegschaften in die vier Bergarbeiterverbände, mit denen der Bergbauverein in den Vertragsverhältnissen steht, nach Kräften zu verhindern, stark beiträgt. Statt den Zusammenschluß aller Belegschaftsmitglieder in die Gewerkschaften, die Träger des Tarif- und Schiedsgerichtsverfahrens sind, eher zu fördern, damit die Arbeiter volksmäßig geistlich werden können, geschieht seitens vieler Betriebsleiter das gerade Gegenteil. Der alte Herrenstandpunkt wird immer wieder hervorgekehrt, höhrend wird Arbeitervertretern die baldige Wiederkehr der früheren Rechtslosigkeit prophezeit. Was Wunder, daß die Arbeiter ihr Mißtrauen nicht los werden und aus der geistigen Unrast nicht herauskommen. Daß es auch anders geht, beweisen die Betriebsleiter, die sich der Mitwirkung ihrer Betriebsräte versichert haben und nicht schlecht dabei fahren.

Unter hunderttausend Menschen gibt es natürlich auch nicht wenige minder gute. Aber sie müssen zur Anerkennung der Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes erzogen werden. Mit Beschimpfungen und Fälschungen des Tatbestandes ist die Bergarbeiterschaft so wenig wie eine andere Volksgruppe zur freiwilligen Mitarbeit an dem neuen Aufbau unseres schwer erkrankten Wirtschaftsweins zu bewegen. Sie hat das Recht, in gerechter Weise gewürdigt zu werden. Wer den Bergarbeiter um seine kürzere Schicht beneidet, der kann sich ja der Bergarbeit widmen. Wir brauchen noch sehr viel Arbeitskräfte im Bergbau. Seine Lage ist nicht hoffnungslos, wie es die Interessenten an der Aufrechterhaltung des früheren Ansehens und Herrenstems aus durchsichtigen Gründen der Öffentlichkeit weiß machen möchten. Die Bergleute, die unter dem alten Regime mit am meisten gelitten haben, werden gegen seine Wiederherstellung mit aller Kraft kämpfen. Das mögen sich alle, denen es angeht, gesagt sein lassen.

Otto Sue.

Ein Dementi. Der Pariser Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ telegraphiert seinem Blatt, daß die Meldung des „Libre Belgique“, der niederländische Gesandte in Paris habe die Mitteilung erhalten, daß Holland innerhalb 14 Tagen um die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers ersucht werden wird, unrichtig ist.

Aus unserer radikalen Typensammlung.

In dem Bericht über die Reichskonferenz der Unabhängigen in Berlin, veröffentlicht von der unabhängigen Presse, findet sich folgende Stelle:

Demagogenüber vertrat der Genosse Stöder die Auffassung, daß die Trennung von den westlichen sozial-reformistischen Parteien, die in der zweiten Internationale die Führung gehabt hätten, vollaufen werden und daß man sich an die im Grunde bolschewistisch orientierte dritte Internationale anschließen müsse.

Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, sieht sich daraufhin veranlaßt, einiges über den Entwicklungsengang des großen Volksheerführers Stöder der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Zu Beginn des Krieges fuhr Stöder, jetzt Parteisekretär der Unabhängigen, als Kriegsberichterstatter nach Belgien und sandte von dort Berichte, die an Kriegsbegeisterung denen seines im Osten kriegsberichterstatternden Kollegen, des großen Kommunisten Düweli, um nichts nachstanden. Die „Rheinische Zeitung“ gibt aus den Berichten Stöders eine große Anzahl würziger Proben, von denen wir aus Raumgründen hier nur einige wenige abdrucken. Mit Ergründen liest Stöder die Kreideaufschriften an den Militärwagen und erwidert an ihnen die „gute Stimmung“ unserer Truppen:

Oft fanden wir: „Parole Paris!“ An einem Wagen hat ein Dichter sich verluht: „Jeder Schuh ein Russ, jeder Stoch ein Franzos!“ Heiter (!) sang folgender Satz: „Wir besuden Poincaré und haunen ihn auf die Raff!“ Oft haben wir den Parren im Wäde, am Galgen aufgehängt. Etwas (!) roh hieß es an einem andern Wagen: „Hier gibts Jarenfrilasse.“

In Lachen freut sich dieser große Journalist, daß viele Häuser anlässlich der Eroberung Lüttichs besetzt sind, in Belofen begeistert ihn das Viebespiel gefälliger Belgierinnen mit deutschen Soldaten zu folgendem Satz:

Wenn alle feindlichen Festungen so leicht erobert werden wie die Herzen dieser wirklich auffallend hübschen belgischen Mädchen, werden unsere Truppen keinen härteren Stand haben.

Zum großen Schmerz des jetzt so gewaltigen Kriegsgenners hat Italien noch nicht mobil gemacht. Gar zu gern möchte er, daß auch die italienischen Proletarier in das imperialistische Weltzügen eingreifen:

Kast überall fragt man mich nach der Haltung Italiens. Leider kann ich darauf keine erfreuliche Antwort geben.

Eine Hinopferung vieler tausend italienischer Proletarier für den „vermachten deutschen Imperialismus“ hätte also das Herz dieses prinzipienfesten Internationalisten auf das höchste erfreut. Endlich begeistert sich der groß-internationalistische Stöder auch noch besonders für das System des preussischen Militarismus, er wird ein glühender Lobredner der Offiziere, er, der jetzt sicher gegen die Koslegarde tobt, lobt ihre Freundlichkeit und Höflichkeit und sucht gern ihren Verkehr. Klaffengegenstände hat er bei der Truppe nicht beobachtet. Im Gegenteil:

Der Dienst der Soldaten, den ich eine Zeitlang beobachten konnte, schien nicht sehr streng zu sein. Die Vorgesetzten behandeln durchweg die Gemeinen sehr freundlich. Wie überhaupt ein durchaus kameradschaftlicher Ton vorherrscht.

Diese Proben, denen noch ein Duzend ähnlicher angehängt werden könnten, dürften genügen. Der Jubiler des Massenmordens, der Freund des Flaggenschmuds zu Siegesfesten, der Lobredner des gemüthlichen preussischen Militarismus — ist jetzt zur dritten Internationale. Was für den schamungsreichen Mann!

Ratifizierung in Oesterreich. Die Rationalsammelung wird am 8. spätestens am 13. Oktober zusammengetreten, um die Ratifizierung des Friedensvertrages vorzunehmen. Bis dahin sollen die legislativen Vorarbeiten mit der Durchführung des Friedensvertrages zusammengehen und in den Staatsämtern beendet sein.

Den Gefallenen.

Auf dem Friedhof einer deutschen Stadt am linken Ufer des Niederrheins steht inmitten der Gräberreihen ein Denkmal für die im Kriege von 1870/71 gefallenen Söhne der Gemeinde. Das Denkmal weicht nicht wesentlich von der üblichen Skulptur ab. Ein von der identen Kugel getroffener Soldat sinkt an der Seite des eskalativ vorwärtsstürmenden Kameraden zusammen. Wetter und Regen haben das Steinwerk angenagt, aber die Namen am Sockel sind ohne Ausnahme zu lesen. Zwanzig und einige mögen es sein. Die Zahl ist sicher unendlich klein im Vergleich zu der Tafel, welche die Stadt aufstellen möchte, wenn jetzt sie abermals ein ähnliches Denkmal errichten wollte.

Aber Ausführung und Register des Denkmalen würden den zufälligen ortstrenden Beschauer kaum fesseln, wenn nicht eine Besonderheit sein Auge festhielte. Das ist die Zurschrift unter den Namen, das Abschiedswort für die im Felde Erschlagenen. Da ist nichts zu lesen von einem König, der mit dem Vaterlande gleich geehrt wird, nichts von Ruhmestaten und der Glorie des Sieges, da heißt es einfach: „Sie waren bereit, für das Gesez zu sterben!“

Den Männern jener Gegend sagte man von jeher neben anderen tugendhaften und todelnswerten Eigenheiten starken Einschlag demokratischen Empfindens nach. Kurz nach 1870 hat sich dieses Empfinden wahrscheinlich deutlicher und ungehinderter entfalten können als einige Jahrzehnte später. Wachsende national-imperialistische Fortschritt überwacherte allmählich die Keimzellen der demokratischen Veranlagung. Man kann sich kaum vorstellen, daß der Neu-Cäsarismus der Epoche um die Jahrhundertwende herum die Entfaltung eines Kriegerdenkmals mit solcher Zurschrift zugelassen hätte. Ein wirkliches Volkstheater kann für das Gesez, für den Bestand seines durch freiwillige Liebereinkunft und Unterwerfung unter gemeingültige Vorschriften geschaffenen Staatswesens kämpfen und ausdauern als lebendige Kraft eines Volkes, dessen Angehörige gleich beherrscht, in Rechten und Pflichten nicht unterschieden sind. Der Imperator, der oberste Kriegsherr aus Gottesgnadenschaft, benötigt eine Armee, die persönlichem Willen mehr unterworfen ist als dem Gesez, obwohl dieses seinen Namen erst dann verdient, wenn es die demokratische Gleichheit ohne Einschränkungen anerkennt. Das cäsaristische Heer wird betruht zum blinden Werkzeug subjektiver Nachvollkommenheit gemacht, gliedert sich zu diesem Behufe in Schichten, von denen die eine durch Verleihung von Vorrechten, Glanz

Prunk und Ansehen gestachelt wird, die andere mit allen Kräften geübt zu erhalten, zum Rababergehoram zu zwingen. Es bildet sich die Kaste der Kurkrieger auch im Frieden, der Vertreter des Militarismus als Lebensprinzip, die einzig durch das Schwert Bedeutung gewinnen, sonst aber taube Blüten am Staatsbaume sind. Sie müssen um ihrer Erhaltung willen geschworene Feinde eines Volksheeres sein. Dabei verschlägt es nicht, ob der Imperator, der Cäsar im gegebenen Falle ein von ihnen selbst oder einer mit ihnen in Interessengemeinschaft verbundener Gesellschaftsaulöse nach Gefallen benutzter, mitunter vielleicht seine Anechtenschaft unwillig schließender Schwächling ist.

Ein Volk opfert sich für das Gesez, das Mandarinentum wahr seine Anspöche und Sonderrechte. Der Polabier kämpft für seinen Herrn und die Erhaltung der aus diesem stiehenden Gnadenquelle.

Beim Abschluß dieses schrecklichsten und abscheulichsten aller Kriege stehen die Rachgelebenden an Millionen Gräbern. Werden wieder Denkmäler gefertigt werden, aus Stein, aus Bronze, mit anspruchsvollen Emblemen und Symbolen, hinter denen die Leere prinkt? Solches Spielzeug für Unmündige bleibe verbannt, zum Schutz geworfen, wo es hingehört. Keuere Zeichen braucht es nicht, um den Toten Erinnerung zu sichern. Ihre qualvolle Opferung für ein vorgebliches Ideal, dessen Trug offenbar ward, ist mit weißglühendem Eisen in die Zukunft gebrannt. Das schauernde Gedenken ihres Leidensweges wurzelt so tief, daß keinerlei Betriebsamkeit dem einen Joll hinzufügen kann. So erscheinen denn Veranstaltungen zur Ehrung der Gefallenen, mögen sie heißen wie sie wollen, nichtig, sinnlos, fast entwürdigend. Diese und jene Gesinnungslosigkeiten, Ausartungen verworrenen Zeit, Belpunkte zerbrochener Gemüter, von denen man in Zeitungen liest, werden vorübergehen.

Und doch wird den Getöteten ihr Denkmal werden, ein erhebener Bau, der bis an die Wolken ragen soll. Das wird der Bau des neuen Gesezes sein, in dessen Gemächern Schutz ist und Sicherheit für jeden Volksgenossen. Das unerschütterlich zu gründende Gesez, das Gesez der demokratischen Gleichheit und des sozialen Rechtes. Diesen Bau gilt es zu richten, unter seinem Dache wird der Jugend das höchste Gebot verlobtet werden, das Gebot der in Freuden erfüllten Pflicht. Eine so aufwachsende Jugend wird in ihrem Gedächtnis die Toten nicht auslösen, die mit ihren Leidern die Grundquadern des Gesezhauses in die Erde senkten. Ihr Angebenken wird nicht vergehen, die Rachwelt wird Stärke saugen aus der mit Blut geschriebenen Lehre: Du mußt bereit sein, der Gerechtigkeit nach zu leben und für das Gesez zu sterben!

H. G.

Notizen.

— Ein neuer Lehrfilm wurde am Sonntag in der Urania vorgeführt. Er ist der erste einer Reihe von Lehrfilmen, die in wichtige Gebiete der Technik einführen sollen. Die Deutsche Lichtbild-Gesellschaft, die sich in enger Fühlung mit pädagogischen Kreisen des Lehrfilms besonders annimmt, will mit diesem Unternehmen wichtige und erfreuliche Aufklärungsarbeit leisten. Der erste Film dieser Art ist dem Buchgewerbe gewidmet. Es wurden daraus die Entstehung der Drucktype, das Werden eines Buchdrucksatzes und die Entwicklung der Buchdruckerkunst vorgeführt. Dem Film, der nach monatelanger Arbeit mit Unterstützung des Leipziger Buchgewerbenvereins zustande gekommen ist, gibt eine höchst anschauliche Einführung in dieses jung wie alt gleichermachen erziehende Gebiet. Der lehrreiche Prosej wird, besonders wenn das Wort noch hinzukommt, lebendig. Die Bildauswahl ist geschickt, auch für das Unterhaltungsbedürfnis ist georgt. Der Leser, der täglich seine Zeitung ohne viel Nachdenken liest, wie sie zustande kommt, kann hier die Geheimnisse der „schwarzen Kunst“ auf bequenste Art kennen lernen.

— Otto Glöbes Drama „Im dritten Jahr“ erlebte im Leipziger Stadttheater die Uraufführung. Mit kräftigem Stillsitzen ist das Thema vom Treubruch der Soldatenfrau gelöst. Die Parallelhandlung zweier Ekelonflikte wird mit harter Theaterwirkung, die den Eindruck des Konstruierten nicht schein, vorgeführt. Der Schlußakt des expressionistisch gesteigerten Werkes ist schwach.

— Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1910 ist in Textausgabe mit ausführlichem Sachregister in der Reclam-Bibliothek zum Preis von 65 Pf. erschienen und 1,25 M. gebunden erschienen.

— Das Eichwäld in Ostpreußen ist während des Krieges infolge der Wildbiberi und Raubwirtschaft so stark vermindert worden, daß das vollständige Verschwinden dieses prachtvollen Tieres aus Ostpreußen zu befürchten ist. Die gegenwärtige Zahl der Elche wird auf noch nicht 400 Stück geschätzt. Durchgreifende Maßregeln sind notwendig, um den Tierbestand zu schützen.

— Ein Werk des Confucius gefunden. Im Britischen Museum sind jetzt die Manuskripte und Kunstschätze ausgegraben, die Axel Stein in Ost-Turkestan in der Nachbarschaft der Wüste Gobi in unterirdischen Tempelbauten der Tausend Buddhas entdeckt hat. Sie haben seit dem Jahre 1038 in der Verborgenheit geruht. Unter den Handschriften (aus der Zeit von 400 bis 1000 n. Chr.) befindet sich ein Teil der „Jahrbücher des Frühlings und des Herbstes“, des einzigen Werkes, das man Confucius persönlich zugeschrieben. Außer den Manuskripten wurden auch einige Druckausgaben gefunden, noch denen man die Erfindung des Buchdrucks in China, die bisher Wang-Labo (801—864) zugeschrieben wurde, um mindestens zwei Jahrhunderte früher anzusetzen muß.

Die deutschnationale Wählerarbeit im Heere.

Unter dem Deckmantel von „Aufklärungsabenden“ suchen die Deutschnationalen seit einiger Zeit ihre regierungsfreundliche und gegenrevolutionäre Propaganda in das Heer hineinzutragen. Ein solcher „Aufklärungsabend“ fand kürzlich in Siedel statt, auf dem der deutschnationale Abgeordnete Dr. Oberfohren, Mitglied der Nationalversammlung, sowie ein von diesem offenbar inspirierter Deskoffizier ungläubliche Behauptungen gegen die Regierung von Stapel ließen. Die „Aufklärungen“ des Herrn Dr. Oberfohren und seines jungen Mannes stießen aber auf lebhaften Widerspruch der Versammlung; Redner aus den Reihen der Soldaten wiesen unter fürzischem Versfall der Versammlung die Behauptungen der beiden zurück.

Was tut Herr Dr. Oberfohren? Wütenbrannt läuft er zum Kommando der Marinestation der Ostsee und beantragt dieses, ein Schreiben an den Chef der Admiralität zu richten, in dem dieser gebeten wird, ein allgemeines Verbot gegen die öffentliche politische Betätigung der Berufssoldaten zu erlassen. Dieses Schreiben, datiert vom 14. September 1919, gezeichnet Seebohm, mit der Ordnungsnummer 34940 liegt uns im Wortlaut vor.

Die Deutschnationalen sind prächtige Menschen. Erst suchen sie die Soldaten gegen die Regierung aufzuheben, und wenn ihnen dieses nicht gelingt, dann verlangen sie, daß den Heeresangehörigen ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte entzogen werden. Ein derartiges Verbot, wie es hier gefordert wird, wäre natürlich rechtswirksam, da es gegen die Reichsverfassung verstößt, die den Berufssoldaten die gleichen politischen Rechte wie jedem anderen Staatsbürger zuerkennt. Dieses Verbot kennzeichnet aber auch die abgrundtiefe Heuchelei der Deutschnationalen, die in der von uns kürzlich zitierten Heuchelschrift „Finst und Jetzt“ die Soldaten mit der Behauptung zu fördern suchen, es sollten ihnen ihre verfassungsmäßigen Rechte von der Regierung gesahmelt werden. Sie selber sind es, die darauf hinarbeiten!

Eine Bezirkskonferenz für Oberschlesien.

Am 21. September tagte in Hindenburg eine Bezirkskonferenz für Oberschlesien. Sie war von 40 Delegierten aus 14 Kreisen, 8 Bezirksvorstandsmitgliedern, 10 Abgeordneten, einem Vertreter des Parteivorstandes und zwei Vertretern der Parteipresse besucht. In ausgiebiger Weise behandelte Landtagsabgeordneter Genosse Hauke die politische Lage, in der er ganz besonders hervorhob, daß alle politischen Freiheiten in Oberschlesien zugrunde gingen, wenn die Abstimmung im Sinne der Zentrumskräfte vor sich geht. Denn dem Zentrum liege es daran, die Herrschaft des Klerus zu festigen. Das Zentrum hintertreibt die bevorstehenden Gemeindevahlen, um so ihre Ernte in die Scheuer zu bringen. Unter Wille ist, daß die Provinz Oberschlesien nur das erzieligen soll, was ihr von der Landesregierung überwiesen wird. Genosse Hörsing führte aus, daß die Sozialdemokratische Partei sich mannhaft zeigen und verhindern wird, daß eine Katastrophe über Oberschlesien hereinbricht.

Die Diskussion bewegte sich im selben Sinne, nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 21. September 1919 in Hindenburg tagende Konferenz der Kreisvorstände der S. P. D. für den Regierungsbezirk Oppeln billigt die Haltung des Bezirksvorstandes in der Autonomiefrage. Sie lehnt mit aller Entschiedenheit die staatliche Autonomie ab, weil diese die Wiederaufrichtung des alten reaktionären Zustandes und die Restlosigkeit der Waffe des ober-schlesischen Volkes mit sich bringen würde. Mit der Haltung des Reichs- und Staatskommissars in der ober-schlesischen Frage erklärt sich die Konferenz völlig einverstanden. Alle Staatsbürger, besonders die Arbeiter werden aufgefordert, sich hinter die sozialdemokratische Partei zu stellen. Die bevorstehenden Gemeindevahlen sind von großer Bedeutung für die Zukunft des ober-schlesischen Volkes. Wer erwarten für die Zukunft, daß die ober-schlesische Bevölkerung sich dessen bewußt ist, alle Lösungsbestrebungen zurückweist und mit der sozialdemokratischen Partei enerisch auftritt gegen klerikale Bevormundung und kapitalistische Reaktion.“

Das von der Bezirksleitung vorgelegte Organisationsstatut fand einstimmige Annahme. Danach werden 13 Unterbezirke gebildet. Der wöchentliche Beitrag für ganz Oberschlesien beträgt mindestens 20 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder. Ferner wurde beschlossen, eine polnische Zeitung herauszugeben und für den „Volkswillen“ einen dritten Redakteur anzustellen. — Zu Bezirksleitern wurden die Genossen Bias und Laußner und zum Kassierer der Genosse Klose gewählt. — Die Gemeindevahlen bildeten ebenfalls einen besonderen Punkt der Tagesordnung, und wurde dabei beschlossen, eine großartige Agitation zu entfalten, weil diese als Auftakt zur Abstimmung gelten soll. Bei den Gemeindevahlen werden Kompromisse weder nach rechts noch nach links eingegangen. Im allgemeinen nahm die Konferenz einen großartigen Verlauf und bietet sie die Gewähr, daß die Sozialdemokratie in Oberschlesien zur stärksten Partei werden wird.

Ein Kommunist festgenommen. Der vor einigen Tagen aus der Festungshaft in Eichstätt entwichene frühere kommunistische Polizeipräsident Kaitzgruber ist Montag nachmittag in München wieder festgenommen worden.

Industrie und Handel.

Vörje.

Nach den lebhafte Steigerungen machte sich heute einiges Entlastungsbedürfnis geltend, das zum Teil auch auf die Ausdehnung der Metallarbeiterbewegung zurückzuführen war. Angebot trat namentlich in einigen Montanwerten und in Petroleumpapieren härter hervor. Börsen setzten um 5 Proz. niedriger ein und gaben späterhin nochmals 3 Proz. nach. Stärker rückläufig waren auch Oberbedarf, Wochener und Gelsenkirchener. Von Petroleumwerten Steaua Romana über 30 Proz. und Deutsche Petroleum 12 Proz. nachgehend. Etwas schwächer von sonstigen Wertpapieren auch Baltimore, Schantungbahn und Deutsch-Niedersee. Canada wenig verändert. Kolonialwerte schlugen gleichfalls zum größten Teil eine rückläufige Bewegung ein. Nur Bomona zogen bei lebhaften Umsätzen von 1050 auf 3150 an. Von den übrigen Papieren notierten Deutsche Kolonialanteile 1260, Sloman Salpeter 608, South-west 235, Neuguinea 254, Cavianteile 256, Diabi-Gewerkschaft 180. Schiffahrtspapiere etwas fester, nur Oana 2 1/2 Proz. schwächer. Am 11. August waren: Girsch-Kupfer 10 Proz. höher, schwächer dagegen Gebr. Wöhler, Köln-Rottweiler und Deutsche Woffen. Elektrizitätswerte gut gehalten. A. G. O. 3 Proz. höher. Halbleindepapier durchweg angehend. Kriegsanleihe schwächer mit 77 Proz. Auch die älteren heimischen Anleihen zum Teil 1/2 bis 3/4 Proz. schwächer. Nur 4prozente Reichsanleihe gedeckert.

Groß-Berlin

Zur Umstellung der Spandauer Staatsbetriebe

Wird uns geschrieben: Mit der Schließung der Spandauer Betriebe und mit den Arbeiten zum Aufbau wird von der sogenannten Dreier-Kommission heute noch 5 Monaten noch viel unabhängig-parteilose Agitation getrieben. Die durch die Schließung noch erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen werden fortgesetzt in Versammlungen und sogenannten Aushustungsstellen durch Vertröstungen auf eine eventuelle Bezahlung einer Kündigungsfrist von 4 bzw. 6 Wochen hingehalten. Bei allen diesen Zusammenkünften wird natürlich die Regierung in allen Tonarten beschuldigt, den Zusammenbruch der Spandauer Betriebe herbeigeführt zu haben. In einer Versammlung, die am 16. d. M. im „Berliner Prater“ stattfand, und in der angeblich mehrere tausend Arbeiter und Angestellte der Spandauer Betriebe teilgenommen haben sollen, hat die Dreier-Kommission Bericht über die Verhandlungen im Reichsarbeitsamt erstattet. Gegenüber tendenziöser Darstellung muß zur Feststellung der Tatsachen folgendes angeführt werden:

Die Mitglieder der Dreier-Kommission und ihre Genossen in der verflochtenen Generaldirektion sind die Hauptschuldigen für den Zusammenbruch der Spandauer Betriebe. Diese Leute haben durch ihre wüste Propaganda gegen die Regierung und alles, was nicht unabhängig oder kommunistisch gestimmt war, den beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen das Arbeiten vollständig ausgetrieben. Diese propagierte passive Resistenz gegen die Regierung und dazu die wüste Parteiliebe sind die Ursachen, daß die Spandauer Betriebe bei einer Lohnabgabe von 200 Millionen Mark in den Monaten November bis März eine Leistung zeigten, die gleich null war. Diese Tatsachen sind bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium einwandfrei festgestellt worden. Zur Steuerung der Wahrheit sei folgendes mitgeteilt:

Der Generaldirektor Wehling erklärte während der Verhandlungen in einer dreistündigen Vernehmung u. a. folgendes: „Es bestand keine Möglichkeit, mit einer Arbeiterzahl von 42 000 die Betriebe umzustellen. Die Umstellung konnte nur mit dem Friedensstand der Arbeiterzahl von höchstens 10 000 Beschäftigten in 6 bis 8 Monaten für das aufgestellte Reparaturprogramm erfolgen. Eine Umstellung für Neubau oder für eine Stammfabrikation würde 2 bis 3 Jahre benötigt haben.“

Ein Arbeiter-Beisitzer fragte: „Wäre es möglich gewesen, daß durch Regierungsverfügung von den vorhandenen 42 000 Beschäftigten etwa 30 000 entlassen worden wären, so daß bei den verbleibenden 12 000 Beschäftigten die Umstellung erfolgen konnte?“ Darauf erklärte Generaldirektor Wehling: „Von der Generaldirektion ist wiederholt die Entlassung derjenigen Arbeiter, die während des Krieges eingestellt worden sind, verlangt worden, auch die entsprechende Verfügung des Demobilisierungsamtes ist wiederholt zur Kenntnis gebracht worden. Aber die Arbeiter hätten sich geweigert, Entlassungen vorzunehmen. Aber auch aus rein technischen und wirtschaftlichen Gründen war eine Schließung von 2 bis 3 Monaten unbedingt notwendig. Die vollständige Inbetriebsetzung hätte nach erfolgter Schließung in 4 bis 6 Monaten später erfolgen können.“

Dadurch ist festgestellt worden, daß die Schließung unter den vorhandenen Verhältnissen eine unbedingte Notwendigkeit war. Auch aus anderen Zeugenaussagen müßte der Schließungsentscheid wohl oder übel zu der Auffassung kommen, daß eine Umstellung ohne Schließung ausgeschlossen war. Bezeichnend war auch folgende Feststellung. Von Seiten der Dreier-Kommission ist bisher überall behauptet worden, daß für die Spandauer Betriebe, denn um sie handelt es sich ja nur, ein Auftragsbestand von 108 Millionen am Schließungstage vorhanden war. Es ist festgestellt worden, daß für alle Reichsbetriebe, also auch für alle außerhalb Berlins liegenden, ein Gesamt-Auftragsbestand von 108 Millionen vorhanden war. Für die acht Spandauer Betriebe aber lämen davon, wie schon wiederholt festgestellt worden ist, nur 48 Millionen Mark Aufträge in Frage. Von dieser Summe können nur etwa 16 Millionen Mark Arbeitslohn verrechnet werden, was bei einer Beschäftigtenzahl von 42 000 bei Schließung der Betriebe für etwa 14 Tage ausgereicht hätte. Die Betriebsaufnahme bei den Verhandlungen hat also ergeben, daß die Sache für die lagende Partei die denbar ungünstigsten Aussichten hatte.

Auch die Behauptung, daß bei Schließung der Betriebe und bei den Kündigungen Arbeitervertreter nicht mitgewirkt haben sollen, wie in der Versammlung und bei der Verhandlung vor dem Arbeitsamt behauptet wurde, ist ebenfalls widerlegt worden. Denn einmal hat Eißler selbst, soweit er bei seinen Genossen als Arbeitervertreter betrachtet wird, die Schließung persönlich unterzeichnet. Aus der Schließung ergibt sich naturgemäßergewisse auch die Kündigung.

Es kann also keine Rede davon sein, daß der Erlaß vom 3. September auf die Spandauer Betriebe zugeschnitten ist. Die Tätigkeit der Dreier-Kommission besteht ausschließlich in einer unabhängig-kommunistischen Heße gegen die gegenwärtige Regierung und den für die Spandauer Betriebe gegenwärtig maßgebenden Kreis. Dabei müssen Tatsachen auf den Kopf gestellt werden. Nur dadurch können die Leute ihre eigene Schuld auf andere abwälzen und ihren schon bedenklich zusammengeschmolzenen Anhang noch zusammenhalten.

Die Gefährdung der Gasversorgung noch nicht behoben

Von der Kohlenstelle Groß-Berlin und von der Direktion der städtischen Gaswerke wird übereinstimmend erklärt, daß sich die Aussichten auf ein Durchhalten in der Gasversorgung auch bis heute noch nicht gebessert haben. Die Kohleneingänge in der vergangenen Nacht sind durchaus ungenügend gewesen. Daraufhin hat sich die Direktion der Gaswerke heute vormittag abermals telefonisch mit dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Verbindung gesetzt und diesem den Ernst der Lage vor Augen geführt. Der Reichskohlenkommissar betonte erneut, daß alle Dispositionen getroffen seien, um der drohenden Gasnot in Groß-Berlin zu steuern.

Das Lebensmittelamt des Stadtrats.

Zu der Meldung über angebliche Lebensmittelbeförderungen nach dem in Hessewinkel bei Erkner gelegenen Landhaus des Reichskammer-Bevollmächtigten, Stadtrats Rier, wird einer Lokalcorrespondenz mitgeteilt, daß es sich bei diesen Lieferungen nicht um Lebensmittel, sondern um Futtermittel gehandelt hat. Die Stadtrat Rier in voller Ordnung von der Stadt ermorben hatte. Auf Grund der in Hessewinkel erlassenen eingehenden polizeulichen Feststellungen sind die beschlagnahmten Futtermittel wieder freigegeben worden.

Hoffentlich wird sich der Reichskammer-Bevollmächtigter sehr eingehend mit dieser Angelegenheit seines Lebensmittelbegehrten beschäftigen und der Öffentlichkeit Auskunft geben. Die gestrige Lebensmittellieferung, die unter dem Vorbehalt des Beschuldigten stattfinden sollte, wurde bis zur Prüfung der Angelegenheit im Magistrat verlagert.

Schieber und Hälsscher. Ein guter Fang ist soeben dem Sonderpolizeiamt wieder gelungen. Seit Mitte Juni sind etwa wurden einem habsbischen Postamt Einfuhrbewilligungsscheine vorgelegt, die auf je 20 000 Kilogramm Nahrungsmittel aus Zürich für den Grenzschutz Ost lauteten und die Unterschrift des Leiters der Sanitätsabteilung im Kriegsministerium, Generaloberarzt Dr. Schulzen, neben dem Stempel der Abteilung II trugen. Das Postamt wurde um Auskunft ersucht, ob auf einen solchen Schein hin aus der Schweiz Lebensmittel, insbesondere Schokolade, nach Deutschland ausgeführt

worden dürfen. Es verneinte die Frage, weil die Scheine nicht die vorgeschriebene Unterschrift des Reichskommissars für Einfuhr trugen. Ein solcher Schein wurde dem Kriegswunderamt in Karlsruhe zur Prüfung vorgelegt, und es wurde festgestellt, daß der Schein gefälscht war. Das Sonderpolizeiamt ermittelte, daß der Urheber der mehrfachen Fälschung ein Angestellter des Sanitätsdepartements namens Billi Reschke war, der schon früher dort als Unteroffizier und Beamtenstellvertreter tätig gewesen war. Er hatte ungemein geschickt die Einfuhrscheine, den Stempel und die Unterschriften gefälscht und dann die Scheine für je 2000 M. verkauft. Auch in der Schweiz ist mit solchen von Reschke gefälschten Scheinen ein schwunghafter Handel betrieben worden. Der Fälscher liegt bereits hinter Schloß und Riegel. Die Personen und Firmen, die sich der von Reschke gefälschten Scheine bedient haben, sind dem Sonderpolizeiamt ebenfalls bekannt, auch weitere Verhaftungen sind bereits erfolgt.

Das Verdict von einem Morde war heute vormittag im Südbahnhof der Stadt verbreitet. In der Sorauer Straße 3 wurde die 46jährige Hermine Fedrow heute vormittag auf ihrem Bette liegend tot aufgefunden. Riese am Hals, die Bürgemale zu sein schienen, und Verletzungen am Kopf legten den Verdacht eines Kapitalverbrechens nahe. Die vermeintlichen Bürgemale erwiesen sich als Totenflecke, die Verletzung am Kopfe rührt von einem Fall her. Die Fedrow machte, wie die Ermittlungen bald ergaben, am vergangenen Sonnabend eine ausgedehnte Aneipreise mit einem Manne. Eine Neugin sah sie erst am Sonntagnachmittag um 6 Uhr schmer betrunknen heimkehren. Sie äußerte, daß sie sich endlich einmal auskühlen wolle. Die Kopfverletzung hatte sie sich auf dieser „Aneipour“ zugezogen. Wahrscheinlich ist sie einem Herzschlag erlegen.

Opfer des Verkehrs wurden gestern eine unbekannte Greisin und der 22 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Paul Krüger aus der Krossener Straße. Die alte Frau wurde an der Ecke der Großen Franzfurter und Andreas-Straße von einem Kraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß sie auf der Rettungswelle in der Krossenerstraße starb. Sie ist klein, hat graues Haar und trug eine schwarze Bluse, einen braunfarbten Oberrock, ein graues K.-geschloß und schwarze Halbschuhe. Ihr Trauring ist M. K. gezeichnet. — Krüger geriet auf dem Schlesischen Güterbahnhof beim Legen von Hemmschritten zwischen die Buffer zweier Eisenbahnwagen. Ihm wurde der Kopf eingedrückt. Der Unglückliche war sofort tot.

Das Schulkulturfest der Stadt Berlin im Stadion beginnt 3 Uhr nachmittags mit dem Einmarsch der 10 000 Teilnehmer. Diese Schüler und Schülerinnen der Volks- und höheren Schulen werden zunächst Freiübungen zeigen. Dann findet Rüsterturnen statt. Staffelläufe, Reigen und Spiele werden die Vorführungen des Tages beschließen. Einheitspreis für alle Zuschauerplätze 1 M.

Kommunale Arbeiterräte des Kreises Niederbarnim. Montag 2 Uhr im Landratsamt Niederbarnim, Friedrich-Karl-Str. 5, Monatsversammlung der Arbeiterräte des Kreises.

Zentralstelle für Einleitung der Sozialdemokratie. Bez. Vorkonferenz, 7 Uhr: Lokale Versammlung in der Aula der 5. Gemeindeverschule, Ballustr. 131. Die Schlußstunde des proletariats. Red.: Niebling und Dr. Kestriele.

Virtus Buch. Morgen, Mittwoch, Uraufführung der neuen tragikomischen Pantomime „Aphrodite“. Das Stück ist von Paula Buch verfaßt und von Georges Blanolet inszeniert. Es wird in diesem Stück zum erstenmal in Virtus die moderne Mimik gezeigt.

II Mariendorf. Gemeindevorstellung. Das Blümel'sche Lokal auf dem Volkspark-Terrain wird nicht weiterverpachtet, sondern für Kindergärten eingerichtet. Die Aufstellung von Holzhäusern ist vor dem 1. Dezember nicht möglich. — Dem Baurat a. D. sah wird ein Ruhegehalt von jährlich 4 400 M. bewilligt unter der Bedingung, sämtliche in dieser Angelegenheit schwebende Klagen gegen die Gemeinde zurückzunehmen. — Für den katholischen Religionsunterricht sind die Mittel im Etat gestrichen worden. Da bereits für einen Monat der Unterricht erteilt war, wird die Bezahlung für diese Zeit nachträglich bewilligt. Hierauf genehmigte die Vertretung die Anstellung eines Schularztes im Hauptberuf. Gehalt 10 000 M., freizigend auf 12 000 M. Die Anstellung von Schulärztinnen erfolgt nebenamtlich. Die Unterführung der Schulhöfe erfolgt in besonderen Sprechstunden; sämtliche notwendigen Arbeiten werden auf Gemeindefressen an den Kindern vorgenommen. — Radner familiärer Parteien verlangen, daß die Hauswirte eventl. durch Strafen gezwungen werden, jede freie Wohnung dem Wohnungsamte anzumelden. Zur Errichtung des Wohnungsamtes werden 9 500 M. bewilligt. — Der Antrag auf Angliederung des Südbahnhof-Teilstrahls an Sieglis-Friedenau wird debattelos abgelehnt. Einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden bedeutet das Verbot der Regierung, an die Lehrpersonen der Gemeindevorschulen die erhöhten Zulagen weiterzugeben. Genosse Gerlach geißelte in scharfen Worten dieses Vorgehen gegen die Volksschullehrer; ebenso Stübner (Dem.). Richter und Brandt (U. S. P.). Der Gemeindevorsteher wird aufgefordert, trotz dieses Verbotes die Gehälter in bisheriger Höhe weiter zu zahlen und mit dem Genossen Verlaß bei der Regierung persönlich vorstellig zu werden. — Die Zahlung von Unterstützungen aus Kriegswahrschmitteln wird beschlossen. Schöne Gönner macht darauf aufmerksam, daß diese Mittel, wenn nicht vom Reich, dann aber vom Staat an die Gemeinden zurückgestellt werden müßten. Durch die Vermehrung der Feuerwehmannschaften entstehen Mehrkosten von 22 000 M. — Bewilligt wurden 3000 M. zur Beschaffung von Bänken für die Mutterberatung. Die Unbemittelten Wöchnerinnen soll Wäsche kostenlos überlassen werden. — Für wahlfreien Hauswirtschaftsunterricht an der Fortbildungsschule soll ein Schulgeld von 6 M. erhoben werden; für regelmäßige Teilnahme an diesem Kursus soll es in Gehalt einer Prämie (Kochbuch) zurückgestellt werden. — Es folgt noch eine geheime Sitzung.

Steglich, Kinderspiele im Gruntpark. Jeden Mittwoch Treffpunkt der Kinder, auch bei ungünstiger Witterung. Punkt 3 Uhr am Bahnhof, Haltestelle der Gruntparkbahn. Rundornat und Trinkgefäße mitbringen. Rege Teilnahme erwünscht.

Schönefeld. Aufgelöste Gemeindevorstellung. Bei den letzten Neuwahlen zur Gemeindevorstellung war es unseren Genossen nicht möglich, auch nur einen einzigen Vertreter in die Gemeindevorstellung zu bringen, da die reaktionären Wachsenhaften des Gemeindevorsteher unsere Genossen vollständig an die Wand drückten. Auf die wiederholten Beschwerden unserer Parteigenossen ist jetzt endlich vom Minister des Innern der Bescheid eingetroffen, daß die Gemeindevorstellung aufgelöst ist und umgehend Neuwahlen vorzunehmen sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Fraktion der S. P. D.-Arbeiterräte, Gruppe 4.

Für die Arbeiterräte, Betriebsräte, Mitglieder der Angefallten- und Arbeiterausschüsse der gesamten Metallindustrie findet morgen 5 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr., eine Versammlung statt.

Tagesordnung: Der Wiederaufbau der Räteorganisation für die bevorstehenden Neuwahlen.

Die Fraktion. J. A. Franz Büchel.

8. Mtg. Mittwoch, 7 1/2 Uhr bei Pützke, Schöneberger Straße 14. Ballabend der Punkte 70, 71, 72, 73, 74, 75 u. 76.

10. Mtg. Die Fallbeurteilung finden wegen der morgigen Ratssitzungen Mitgliederveranstaltungen nicht statt.

23. Abertung. Freitag 7 1/2 Uhr bei Paul Knopf, Krossener Str. 11. Sitzung der Abertungsleiter und Funktionäre, einschließlich Betriebsvertrauensleute.

